

Kooths, Stefan

Article

Zu den wirtschaftlichen Folgen der Hochwasserschäden

IfW-Box, No. 2013.10

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Kooths, Stefan (2013) : Zu den wirtschaftlichen Folgen der Hochwasserschäden, IfW-Box, No. 2013.10, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/201069>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zu den wirtschaftlichen Folgen der Hochwasserschäden

Stefan Kooths

Naturkatastrophen gelten trotz der für die direkt Geschädigten dramatischen Folgen und der kurzfristigen Produktionsbehinderungen zuweilen als förderlich für die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Festgemacht wird dies daran, dass zur Behebung der Schäden zusätzliche Ausgaben erfolgten, die einen expansiven Impuls für die Produktionstätigkeit in der betroffenen Volkswirtschaft darstellen würden. Mitunter wird die vermeintliche Anregung der wirtschaftlichen Aktivität, die sich in einer höheren Expansionsrate des Bruttoinlandsproduktes widerspiegeln müsste, sogar als Indiz dafür gewertet, dass die Wachstumsmessung im Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen konträr zu den Wohlfahrtszielen einer Gesellschaft stünde. Diese Sichtweise geht indes fehl, weil die dieser Argumentation zugrundeliegenden Annahmen letztlich das ökonomische Knappheitsproblem negieren.

Zu unterscheiden ist zwischen den Wachstumseffekten (Produktionsmöglichkeiten) einerseits und den Konjunkturergebnissen (tatsächliche Produktion) andererseits. Das Wachstum einer Volkswirtschaft spiegelt sich in der Veränderung des Produktionspotenzials wider. Dieses hängt – neben dem Stand des technischen Wissens und der Zahl und Ausbildung der verfügbaren Arbeitskräfte – vom Sachkapitalstock einer Volkswirtschaft ab. Die Überflutungsschäden an Agrarflächen, Straßen, Gebäuden, Fahrzeugen und Maschinen setzen den Kapitalstock exogen herab und reduzieren damit dauerhaft die Produktionsmöglichkeiten, verglichen mit der Entwicklung, die ohne den Einfluss der Flutschäden möglich wäre. Der Wachstums- bzw. Potenzialeffekt ist somit eindeutig negativ. Hinsichtlich der Größenordnung dürften die Effekte der jüngsten Hochwasserkatastrophe aus gesamtwirtschaftlicher Sicht indes gering sein. Derzeit belaufen sich die ersten Schätzungen für die zur Schadensbeseitigung notwendigen Leistungen auf einen niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag. Zum Vergleich: Der Wert des Sachkapitalstocks in Deutschland (Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen) betrug zu Beginn dieses Jahres 8,5 Billionen Euro. Da aber von den Überschwemmungen nicht nur neu erstellte, sondern auch schon bereits zum Teil abgeschriebene Kapitalgüter beschädigt wurden, ist zum Abschätzen der relativen Schadenshöhe das Bruttoanlagevermögen heranzuziehen, dessen Wert sich zuletzt auf 14,5 Bill. Euro belief. Legt man Wiederaufbaukosten von 15 Mrd. Euro zugrunde – ein Betrag, der am oberen Rand der Schadensschätzungen liegt –, so wäre etwa 1 Promille des Kapitalstocks in Deutschland durch die Überschwemmungen vernichtet worden. Die daraus resultierende Beeinträchtigung der zukünftigen Wertschöpfungsmöglichkeiten liegt praktisch unterhalb der Schwelle, die sich statistisch erfassen lässt.

Konjunkturell sind entstehungsseitig unmittelbar die flutbedingten Produktionsausfälle bedeutsam. Diese können zwar – etwa im Verkehrsbereich oder durch die Unterbrechung von Zulieferketten – auch über die betroffenen Flutgebiete hinaus ausstrahlen, insgesamt ist aber aus gesamtwirtschaftlicher Sicht mit keinen quantitativ bedeutsamen Effekten zu rechnen. So beträgt etwa die Bruttowertschöpfung der besonders stark betroffenen Kommune Passau und des Landkreises Deggendorf zusammen genommen 2,5 Promille des gesamtdeutschen Wertes. Selbst für den rein hypothetischen Fall, dass in dieser Region das Wirtschaftsleben für zwei Wochen gänzlich zum Erliegen käme, wäre der Einfluss auf das Quartalergebnis des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland unterhalb der für die Veränderungsrate statistisch ausgewiesenen Nachkommastellen (rein rechnerisch ergäbe sich ein Rückgang um 0,04 Prozent). So zeigte sich auch nach dem Elbehochwasser im August des Jahres 2002 in der Entwicklung der gesamtdeutschen Wertschöpfung im dritten Quartal kein von der damaligen Konjunktdynamik unterscheidbarer Effekt.

Schließlich lässt sich auch aus den für die Schadensbeseitigung erforderlichen Ausgaben kein zwingender konjunktureller Effekt ableiten, der in den Folgeperioden stimulierend auf die ökonomische Aktivität wirken würde. Hierbei ist zu beachten, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nur einmal verwendet und auch die Budgets der ökonomischen Entscheidungsträger (Privathaushalte, Unternehmen, Staat) nicht mehrfach verausgabt werden können. Mehrausgaben auf der einen Seite führen dann entweder direkt (bei demselben Entscheidungsträger) oder indirekt (über Preiseffekte) bei anderen Entscheidungsträgern dazu, dass alternative Verwendungspläne zurückgestellt werden, z.B. in dem ein von Hochwasserschäden betroffener Haushalt eine ursprünglich geplante Urlaubsreise zurückstellt oder eine Baumaßnahme in nicht überschwemmten Gebieten aufgrund anziehender Baupreise unterlassen werden. So betragen die für das Elbehochwasser des Jahres 2002 geschätzten Wiederaufbaukosten zwar gut 2 Prozent der gesamtdeutschen Bruttoanlageinvestitionen. Im Aggregat – gemessen an der letzten Verwen-

dung des Produktionsergebnisses – lässt sich indes für den Verlauf des Jahres keine nachträgliche Beschleunigung der Expansion feststellen.

Insgesamt sind damit die einzelwirtschaftlichen Schäden auch gesamtwirtschaftlich eindeutig als Minderung des Wohlstandes zu beklagen. Allerdings sind aufgrund der räumlichen Begrenzung der Schadensfälle die gesamtwirtschaftlichen Effekte quantitativ kaum bedeutsam und dürften daher auch den Konjunkturverlauf in diesem Jahr nicht nennenswert beeinflussen.

Die hier aufgezeigten Zusammenhänge gelten nicht nur für durch Naturkatastrophen hervorgerufene Vermögensschäden, sondern auch für solche wirtschaftspolitischen Eingriffe, die darauf abzielen, Teile des Kapitalstocks zu vernichten (z.B. Verschrottungs- und Abwrackprämien) oder sinnlose Tätigkeiten durch Beschäftigungsprogramme zu finanzieren, in der Absicht, damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität anzukurbeln. Sämtliche Vorschläge dieser Art laufen darauf hinaus, knappe Produktionsfaktoren in eine Verwendung zu lenken, die die Volkswirtschaft als Ganzes ärmer macht, als sie es bei Unterlassung dieser Maßnahmen sein könnte. Eine Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens – und in der Folge höhere Konsummöglichkeiten – setzen eine Mehrproduktion marktgängiger Individualgüter oder steuerfinanzierter Kollektivgüter voraus, die von den Nutzern wertgeschätzt werden. Andernfalls wird lediglich innerhalb bestehender Budgets umverteilt oder – schlimmer noch – eine Mehrproduktion durch Ressourcenverschwendung verhindert.